

Schwerpunkt Aktuelles zum Coronavirus

Coronavirus

Ab Montag kosten Coronatests für Symptomlose

VADUZ Wie bereits mehrfach berichtet, tritt am kommenden Montag die neue Regelung bezüglich Kosten für Covid-19-Tests in Kraft: Symptomlose Personen, die in der Teststrasse in Vaduz einen Test für das 3G-Zertifikat machen lassen, müssen dafür künftig selbst aufkommen. Das gilt auch für Antigen-Schnelltests in Arztpraxen, Apotheken und Teststationen, wie die Regierung am Freitag noch einmal mitteilte. Weiterhin vom Staat bezahlt werden hingegen PCR-Tests in der Teststrasse zur Pandemiebekämpfung, wenn die betreffende Person sich aufgrund von Symptomen testen lässt. In diesem Fall müssten Betroffene im Vorfeld zwingend die Testhotline (+423 235 45 32) kontaktieren. Staatlich finanziert bleiben laut Aussendung ebenfalls Nachttestungen mittels PCR-Test, die sich aufgrund eines positiven Antigen-Schnelltests ergeben. Von der Kostenübernahme befreit sind auch künftig Personen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können sowie schwangere Frauen während der gesamten Dauer der Schwangerschaft. Diese beiden Personengruppen müssten vor der Probenentnahme ein ärztliches Attest vorweisen. Auch für Kinder vor ihrem 16. Geburtstag werden die Testkosten weiterhin vom Land getragen. Befristet bis Mitte Dezember trage das Land ausserdem PCR-Tests an symptomlosen Personen, die bis dahin eine von zwei vorgesehenen Impfdosen erhalten haben. Als Nachweis gelte das Zertifikat der Erstimpfung. Weiterhin bezahlt werden zudem PCR-Tests, die das Amt für Gesundheit beispielsweise im Rahmen von Ausbruchsuntersuchungen anordnet. (red/ikr)

Coronavirus

Sechs weitere Infektionen

VADUZ Innerhalb eines Tages wurden sechs weitere Personen, die in Liechtenstein wohnen, positiv auf das Coronavirus getestet. Wie aus den Zahlen des Amtes für Statistik hervorgeht, beläuft sich die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie mittlerweile auf 3557 laborbestätigte Infektionen. Davon haben 3452 Personen die Infektion überstanden. Insgesamt traten bislang 61 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. Aktiv infiziert sind demnach aktuell 44 Personen, im Spital befindet sich derzeit kein Covid-19-Patient (Stand: Donnerstagabend). Innerhalb der vergangenen sieben Tage wurden durchschnittlich 5,1 neue Infektionen pro Tag gemeldet. Die hochgerechnete 14-Tages-Inzidenz, die zwecks internationaler Vergleiche berechnet wird, beläuft sich auf 203 Infektionen. Das heisst, in den vergangenen 14 Tagen haben sich 203 Personen hochgerechnet auf 100 000 Einwohner mit dem Coronavirus infiziert. Die 7-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohner liegt bei 93 Infektionen. (red)

ANZEIGE



www.kleininserate.li

Auch Werner Stocker will nicht ohne Massnahmen in den Herbst

Dialog Die Coronakrise stellt das Verhältnis mancher Bürger zur Politik auf die Probe. Gesundheitsminister Manuel Frick und Coronamassnahmen-Gegner Werner Stocker trafen sich zum Dialog. In einigen Punkten waren sie sich sogar einig.

VON SILVIA BÖHLER

Wie geht es den Menschen, die viele als Coronaskeptiker oder Schwurbler betiteln und was fordern sie von der Politik? Werner Stocker, der sich selbst als Coronamassnahmen-Gegner bezeichnet, traf sich anlässlich einer Sondersendung von Radio L zum Dialog mit Gesundheitsminister Manuel Frick. Beide betonten gleich zu Beginn ihre stete Bereitschaft zum Dialog und beide waren sich auch darüber einig, dass es eine Covid-19-Pandemie in Liechtenstein und der Welt gibt. Wie gefährlich die Krankheit ist und welche Massnahmen zur Bekämpfung notwendig sind, darüber gingen die Meinungen allerdings deutlich auseinander.

«Der Virus greift vorwiegend Menschen mit Vorerkrankungen oder mit einem schwachen Immunsystem an, überwiegend also Menschen über 65 Jahre», sagte Werner Stocker. Von einer Sterblichkeit aufgrund Corona seien vor allem Senioren betroffen, bei den unter 65-Jährigen zeige sich die Krankheit ähnlich einer mittelschweren Grippe. Werner Stocker hätte sich deshalb von der Regierung differenziertere Massnahmen und kein Giesskannenprinzip für die Risikogruppen und den Rest der Bevölkerung gewünscht. «Die Erfahrungen haben gezeigt, dass von der Krankheit auch Jüngere und Menschen ohne Vorerkrankung betroffen sein können», entgegnete hingegen Gesundheitsminister Manuel Frick. Ein schwerer Verlauf der Krankheit könne uns alle treffen. Dies würden mittlerweile auch verschiedene Statistiken belegen.

Der «richtige» Weg

Unterschiedlicher Meinung waren die beiden auch bezüglich des schwedischen Sonderwegs: Kein Lockdown, nur wenig Restriktionen. Zwar seien auch dort anfänglich Fehler gemacht worden, sagte Stocker, aufgrund der geringeren Massnahmen für die gesunde Bevölkerung hätte sich aber eine Grundim-



Anlässlich einer Sondersendung von Radio L stellten sich Manuel Frick und Werner Stocker dem Dialog. (Foto: ZVG)

munität eingestellt. In Liechtenstein sei ausschliesslich die Sterblichkeit in den Fokus gerückt worden, die Jugend oder die Wirtschaft müssten sich unterordnen. Dem widersprach Manuel Frick vehement. Auch in Schweden seien die Schrauben massiv angezogen und strenge Massnahmen umgesetzt worden. Zudem sei die Sterblichkeitsrate in Schweden massiv höher als in der Schweiz. Rückblickend habe Liechtenstein den richtigen Weg zur Bekämpfung der Pandemie beschritten und in Summe hätten die Massnahmen das Gesundheitswesen vor einer Überlastung bewahrt. «Wenn es um Menschen geht, ist der vorsichtige Weg der richtige», so Frick. Rückendeckung erhielt er zum einen von der Wirtschaft (auch weil Liechtenstein sich in der glücklichen Lage befinde, entsprechende finanzielle Unterstützung zu leisten), zum anderen aber auch seitens der Bevölkerung, wie eine jüngste Umfrage zu den Impfungen zeige.

Antikörper und 3G

Für Geimpfte gilt das Covid-Zertifikat für ein Jahr, für nachweislich

Genesene bloss sechs Monate. Viele Genesene stören sich daran und sehen dies als eine Benachteiligung an. So auch Werner Stocker, der den Besitz von Antikörpern als wesentliches Merkmal für das Beenden der Pandemie erachtet. Selbst der Schweizer Bundesrat würde über entsprechende Anpassungen diskutieren. Die 3G-Regelung sieht Stocker indes als diskriminierend und die Regierung versuche über die Hintertüre die Impfquote nach oben zu bringen. Bis zu einer Impfquote von 50 Prozent hätten sich viele freiwillig impfen lassen, darüber hinaus hätten vor allem die strengeren Massnahmen dazu geführt, dass sich die Bürger für eine Impfung entschieden haben. Werner Stocker sprach in diesem Zusammenhang sogar von einer «Nötigung seitens des Staates». Die Einführung der 3G-Regelung sei den steigenden Fallzahlen geschuldet, argumentierte Manuel Frick. Nichts tun oder ein weiterer Lockdown seien keine Alternativen. Die Diskussionen in der Schweiz sowie allfällige Anpassungen hätten aber auch Auswirkungen auf Liechtenstein. Manuel Frick be-

stätigte: «Künftig könnte auch das Zertifikat der Genesenen auf ein Jahr ausgeweitet werden.» Parallel dazu soll es auch die Möglichkeit geben, mit einem Antikörpertest den Nachweis von Antikörpern zu erbringen.

Mehr Mitspracherecht gefordert

Die Pandemie wird Liechtenstein noch länger beschäftigen. Wie soll also mit den Menschen umgegangen werden, die sich nicht impfen lassen wollen? «Ich sage nicht, dass wir jetzt ohne Massnahmen in den Herbst gehen sollen, das wäre fahrlässig», so Werner Stocker. Er wünscht sich aber mehr Mitspracherecht für das Volk: «Wir sind nicht mehr im Panikmodus und das erlaubt auch eine Öffnung für eine Meinungsvielfalt.» Stocker plädierte ausserdem dafür, nicht an einer Impfquote festzuhalten, sondern die Grundimmunisierung in den Vordergrund zu stellen. Dafür sei allerdings der wissenschaftliche Wissensstand noch zu gering, entgegnete Manuel Frick: «Das Risiko ist zu hoch.» Einem Dialog wolle er sich aber nicht verwehren.

Junge Liste demonstriert gegen «Schwurbelei» und für Stärkung der Pflegeberufe

Gegendemo Die Jungpartei Junge Liste will ein Zeichen für einen reflektierten und nüchternen Umgang mit der Coronapandemie setzen. Am 8. November haben die Jungpolitiker daher eine Demonstration auf dem Peter-Kaiser-Platz angemeldet.

VON DAVID SELE

Brisant ist das Datum, das sich die Junge Liste für ihre Demonstration ausgesucht hat. Der 8. November ist ein Montag. Also jener Tag, an dem normalerweise die Corona-Demonstrationen der Massnahmen-Gegner in Liechtenstein stattfinden. Auch der Beginn ist mit 18 Uhr auf dieselbe Zeit angesetzt und die Lokalität

ist mit dem Peter-Kaiser-Platz ebenfalls identisch. Die Regierungskanzlei bestätigte am Freitagnachmittag gegenüber dem «Volksblatt», dass die Kundgebung der Jungen Liste bewilligt wurde. Zuvor hatte die Jungpartei mit einem Flyer im Internet zur Demonstration aufgerufen.

Ein Zeichen setzen

«Nach sieben Corona-Demonstrationen, an denen Fakten lautstark verdrängt oder einfach ignoriert wurden, ist es an der Zeit, ein Zeichen zu setzen», erklärt Samuel Schurte von der Jungen Liste auf «Volksblatt»-Anfrage. «Wir hoffen, dass sich viele Menschen aus Liechtenstein unserer friedlichen und konstruktiven Kundgebung anschliessen.» Die Junge Liste sei überzeugt, «dass eine Mehrheit der Menschen einen reflektierten und nüchternen Um-

gang mit der Coronapandemie pflegt und von der Schwurbelei im Internet und auf den Demos einfach nur genervt ist. Dennoch kapern genau diese wenigen, aber sehr lauten Stimmen, seit Wochen den öffentlichen Diskurs», so Schurte.

Pflegeberufe stärken

Beinahe vergessen gehe dabei, was aus Sicht der Jungpolitiker eigentlich wichtig wäre. «Nämlich die Gesundheit und vor allem jene, die sich tagtäglich für die Gesundheit anderer abrackern», so Schurte. Er betont, dass alle Jungparteien im Land im Pflegebereich einen massiven Handlungsdruck verspürten. Dies sei kürzlich an einem überparteilichen Workshop so festgehalten worden. Die Jungparteien seien sich einig, dass der Pflegeberuf dringend aufgewertet und attraktiver gemacht werden müsse, da der Pflegenot-



Samuel Schurte von der Jungen Liste. (Foto: Michael Zanghellini)

stand ein grosses soziales Problem darstelle. Gerade in der Coronapandemie seien die Menschen in den Pflegeberufen noch viel mehr gefordert, als ohnehin. «Die Junge Liste will daher nicht nur gegen Hass und Verschwörungstheorien demonstrieren, sondern viel mehr noch für eine echte Wertschätzung des Pflegeberufes», so Schurte.